

**Beschlussergebnis zum Tagesordnungspunkt:**

**DRINGLICHKEITSANTRAG: Gemeinsame Resolution der Kreistage Uelzen und Lüchow-Dannenberg und des Stadtrates Uelzen hinsichtlich der beabsichtigten Änderungen der europaweiten Einlagensicherungsrichtlinie**

öffentliche Kreistagssitzung am 23.09.2010
--

TOP 17
--------

**Gemeinsame Resolution des  
Kreistages des Landkreises Uelzen  
Kreistages des Landkreises Lüchow-Dannenberg  
Stadtrates der Stadt Uelzen**

Am 12. Juli 2010 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für die Neufassung einer europaweiten Einlagensicherungsrichtlinie vorgelegt. Dieser sieht vor, dass künftig jedes Kreditinstitut innerhalb der EU einem Einlagensicherungsfonds angehören muss, der Einlagen in Höhe von 100.000,-- Euro je Kunde sichert. Die niedersächsischen Sparkassen müssten demnach in den nächsten Jahren ca. 1 Mrd. Euro in einen neuen Einlagensicherungsfonds einzahlen. Eine Institutssicherung, die bei den Sparkassen bereits besteht und über die nun vorgesehene Einlagensicherung hinausgeht, ist grundsätzlich nicht mehr vorgesehen und allenfalls kumulativ möglich.

Die Pläne der EU-Kommission bedrohen Kunden, Arbeitsplätze, Sparkassen und ihre Träger in erheblichem Umfang:

- Fast alle deutschen Kunden würden den vorhandenen, besseren Einlegerschutz verlieren. Das widerspricht dem Ziel, Verbraucher bestmöglich zu schützen. Die bestehende Institutssicherung der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken bietet Kunden einen umfassenden Schutz und macht eine zusätzliche Einlagensicherung überflüssig, zumal diese auch noch auf 100.000 Euro gedeckelt werden soll. Die Sparkassen müssten somit in einen Fonds einzahlen, den sie nie in Anspruche nehmen würden, da die Institutssicherung schon vorher greift.
- Die Kreditvergabemöglichkeiten der niedersächsischen Sparkassen an mittelständische Unternehmen würden aufgrund der vorgesehenen Zahlungsverpflichtungen um mehr als 12 Mrd. Euro abschmelzen. Ohne Kredite gibt es keine Investitionen, ohne Investitionen wiederum wird kein Wachstum erzeugt und ohne Wachstum droht ein Verlust von Arbeitsplätzen.
- Die Steuerzahlungen der niedersächsischen Sparkassen würden sich in den nächsten Jahren um ca. 300 Mio. Euro reduzieren. Damit würden den niedersächsischen Kommunen dann auch Gewerbesteuern in Höhe von rund 140 Mio. Euro nicht mehr zufließen
- Die Möglichkeiten der Sparkassen, durch Spenden, Sponsoring und Ausschüttungen Nutzen für ihre Region zu stiften, würden erheblich beeinträchtigt.

Es wird daher gefordert, die bestehende Institutssicherung der Sparkassen anzuerkennen und somit die Sparkassen von der Einlagensicherung, wie sie von der EU - Kommission vorschlägt, auszunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig